



Wir sind heimatverbunden, vorausschauend und ehrlich

Pressemitteilung

12. Dezember 2022

((3.322 Zeichen))

Keine Verkehrswende rückwärts: Protest in Berlin

Ihren Protest gegen die Autobahnpläne zur B15 neu trugen kürzlich Bürger aus Bayern in Berlin vor. Sie vertreten eine Gemeinschaft von Menschen, die vom Weiterbau der Bundesstraße betroffen sind, ob als Anwohner, Gewerbetreibende oder Landwirte. Anlass für die Reise waren die jüngsten Äußerungen von Bundesverkehrsminister Volker Wissing zum Neubau von Bundesstraßen.

Wissing (FDP) will, so zeigt es ein Gesetzentwurf aus seinem Haus, den Bau von Autobahnen schneller voranbringen. Das gelte auch für Bundesfernstraßen, wenn für sie ein „vordringlicher Bedarf“ festgestellt sei. Für die angereisten Bayern heißt das, das gilt dann auch für den Weiterbau der B15 neu durch ihre Heimat, durch seit langem landwirtschaftlich geprägtes Gebiet. Obendrein könnten bisher erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfungen wegfallen, sieht der Gesetzentwurf vor.

Zu erinnern ist, dass es das Verkehrsressort von Volker Wissing ist, welches die zum Schutz des Klimas vereinbarte Treibhausgasminde rung gänzlich verfehlt. Das war im Jahr 2021 so und wird wohl auch in diesem Jahr so sein. Denn für 2022 zeigt sich erneut kein ausreichender Rückgang der Emissionen beim Verkehr.

Die Unzufriedenheit der Bundesbürger mit der Verkehrspolitik von Volker Wissing ist hoch, so belegen es alle Umfragen. „Und entgegen den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und entgegen aller Klimaschutzbemühungen soll nun auch noch der Neubau von Bundesfernstraßen beschleunigt werden“, moniert Gisela Floegel, Vorsitzende der Gemeinschaft zum Stopp der B15 neu. „Gleichzeitig mangelt es an Geld für die Sanierung maroder Brücken und der Ausbau des Schienenverkehrs kommt nicht voran.“

Ein neues Gesetz und die B15 neu

Der kürzlich abgehaltene Anhörungstermin zu den Einwendungen Betroffener und von Verbänden vor der Regierung von Niederbayern deckte offene Punkte beim Weiterbau der B15 neu auf. Weder gibt es bisher eine Lösung für die benannten Stickstoffeinträge bei erwartbaren Hochwasserereignissen, noch genügt die bisherige Planung den vom bayerischen Umweltgesetz geforderten Vorgaben für den Trinkwasserschutz und zum Schutz lokaler Arten.

Dazu kommt, dass die Querung zwischen Bundesstraße und der Tennet-Hochspannungstrasse, dem sog. Südostlink, von den Planern übersehen wurde. Eine aufwändige Umplanung an der 12 Meter tiefen Wanne bei Ohu ist daher notwendig,

Pressemitteilung

die Gleichstromtrasse soll hier als Erdkabel verlegt und muss demzufolge in der Tiefe durchgeführt werden. Ohne die Hochspannungsübertragungsleitung bekäme Bayern erhebliche Probleme beim Ausbau seiner regenerativen Stromversorgung. Dass beide Bauvorhaben, Bundesstraße und Stromtrasse, teilweise auf dieselben Ausgleichsflächen zählen, ist da nur noch eine Petitesse am Rande. Ein schneller Weiterbau scheint bei alldem eher unwahrscheinlich.

Den verkehrsgeplagten Landshutern ist zu raten, sich noch einmal die stadtnahe Variante 9 aus dem Dialogforum vorzulegen, die stadtnah ist und kostengünstiger als die Landshuter Ostumfahrung und schneller realisierbar, wie frühere Verkehrsgutachten zeigen.

Man kann verstehen, dass die angereisten Bayern vom zuständigen Mann für Verkehr und Infrastruktur fordern: „Herr Minister, beenden Sie die veraltete und klimaschädliche Verkehrspolitik. Unser Land braucht keine Verkehrswende rückwärts!“

Hinweis für den Verleger

Die Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu wurde 1974 gegründet, als die Pläne für die geplante Trasse Regensburg – Rosenheim bekannt wurden. Seitdem haben sich zahlreiche Bürgerinitiativen dem Anliegen zum Stopp der B15 neu angeschlossen.

Presseinformation

der Gemeinschaft der Betroffenen und Gegner der B15 neu und die
Bürgerinitiativen Stop B15 neu
Gisela Floegel
Vorsitzende der Gemeinschaft
84137 Vilsbiburg
M 0160 92662145

Anlage

((Bayern-in-Berlin_2022.png, BU:))

„Keine Verkehrswende rückwärts!“ fordern eine bayerische Delegation vom Bundesverkehrsminister und die Grüne Abgeordnete Marlene Schönberger aus Adlkofen (Mitte)